



Julius-Rumpf - Stiftung Steingasse 9 65183 Wiesbaden

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Frau Bundesfamilienministerin  
Dr. Kristina Schröder

Steingasse 9  
65183 Wiesbaden  
Tel. 0611/ 9 54 54 86  
Fax 0611/ 80 69 85  
info@martin-niemoeller-stiftung.de  
www.julius-rumpf-stiftung.de

01.02.11

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,  
Sehr geehrte Frau Dr. Schröder,

das Kuratorium der Julius-Rumpf-Stiftung bittet Sie herzlich, die sog.  
„Demokratieerklärung“ ersatzlos aus den Förderbescheiden des Programms „Toleranz  
fördern – Demokratie stärken“ zu streichen.

Die Julius-Rumpf-Stiftung wurde unter dem Dach der Martin-Niemöller-Stiftung  
gegründet und wird seit 2008 von der Stiftung Diakonie in Hessen und Nassau  
treuhänderisch verwaltet. Seit dem Jahr 2000 verleiht sie den mit 10.000 Euro  
dotierten Julius-Rumpf-Preis an Einzelne und Gruppen, die innerhalb oder außerhalb  
kirchlicher Strukturen mit ihrer Arbeit für Toleranz, gewaltfreie Konfliktlösungen,  
Mitmenschlichkeit und Versöhnung eintreten. Der Preis erinnert an den Wiesbadener  
Marktkirchenpfarrer Julius Rumpf und an seinen unspektakulären, aber gradlinigen  
Widerstand während der Naziherrschaft. Zu den bisherigen Preisträgern gehören u.a.  
die "Aktion Zivilcourage Pirna", das "Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus,  
Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" und "Miteinander e.V. - Netzwerk für Demokratie und  
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt".

Unsere langjährigen Kontakte, Gespräche und die Zusammenarbeit mit zahlreichen  
größeren und kleineren ähnlichen Gruppen haben uns erfahren lassen, dass gerade sie  
es sind, die sich engagiert und kreativ für unser Grundgesetz und unsere Demokratie  
einsetzen. Sie nehmen dabei - sowohl bei den Opfern wie bei den Tätern - die Menschen  
wahr, in ihrem spezifischen Leben und Tun, ihrem Leiden oder menschenverachtenden  
Handeln.

Alle in einen Topf zu werfen, ungenaue Ziel- und Gruppenbenennungen sind eines  
demokratischen Staates unwürdig. Unser Rechtssystem lebt genauso von einer  
differenzierenden Würdigung von Menschen wie von der Konkretion der menschlichen  
Taten und ihrer Motive. Schließlich wollen und sollen die, die sich politisch engagieren,  
das demokratische und rechtsstaatliche Leben unseres Staates befördern, indem sie  
zerstörende Einstellungen und Aktionen nicht hinnehmen. Auch sollen die, die  
Positionen der Rechts- und Demokratieverachtung vertreten, für unseren  
demokratischen Rechtsstaat gewonnen werden. Das ist z.B. das Ziel vieler Aussteiger-  
Programme.

Eine pauschale Blanko-Erklärung auf der Grundlage Ihrer, einer Demokratie unwürdigen "Demokratieerklärung" geht

a) von einem generellen Misstrauen gegen transparent und demokratisch agierende Menschen und Gruppen aus,

b) verlangt etwas, was sonst keinem Empfänger von Subventionen oder Zuwendungen abverlangt wird,

c) gibt den meist ehrenamtlich Engagierten nichts als schwammige Begriffe an die Hand wie z.B. "extremistische Ausrichtung der Partner". Unser Grundgesetz und die daraus abgeleitete Rechtsprechung reichen aus, bei evtl. Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Als letztes möchten wir darauf hinweisen, dass der "Extremismus der Mitte", der in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Forschung rückt, in Ihrem Papier überhaupt nicht erfasst wird. Wir meinen, dass die größte Gefahr für unsere Demokratie gegenwärtig von Gleichgültigkeit, Wegschauen und Verharmlosen von Attacken auf Minderheiten und von einer zunehmenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft ausgeht.

Für die Julius-Rumpf-Stiftung:

Ingrid Rumpf, Karlsruhe  
Dr. Eberhard Rumpf, Burgdorf  
Propst Michael Karg, Herborn  
Claudia Sievers, Wiesbaden  
Prof. Dr. Martin Stöhr, Bad Vilbel